

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
---------------	---

Teil 1 Einleitung und Gang der Untersuchung

Teil 2

Die Genehmigung der Vorteilsannahme, § 331 Abs. 3 StGB

A. Die vorherige Genehmigung der Vorteilsannahme, § 331 Abs. 3 1. Var. StGB	6
I. Die formellen Genehmigungsvoraussetzungen	6
1. Die Zuständigkeit der genehmigenden Behörde	7
2. Die weiteren Verfahrens- und Formanforderungen	9
II. Die materiellen Genehmigungsvoraussetzungen	10
1. Die genehmigungsfähigen Tathandlungen	10
2. Handeln der zuständigen Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse	11
a) Die Einhaltung des dienstrechtlichen Befugnisrahmens	11
b) Die Überschreitung der behördlichen Befugnisse	13
aa) Der Stand in der strafrechtlichen Literatur	14
(1) Die Verwaltungsrechtsakzessorietät des § 331 Abs. 3 StGB	14
(2) Die Verwaltungsaktsakzessorietät des § 331 Abs. 3 StGB	14
(3) Der Ansatz Hardtungs	15
(4) Zwischenergebnis	18
bb) Die Begründungen in der strafrechtlichen Literatur	18
(1) Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung	18
(2) Der Grundsatz der Normklarheit und der Bestimmtheit	21
(a) Die Aussage der Grundsätze	21
(b) Die Bestimmtheit des § 331 Abs. 3 StGB	22
(c) Die Klarheit des § 331 Abs. 3 StGB	24
(3) Das Vertrauen des Vorteilsnehmers in die Beständigkeit verwaltungsrechtlich wirksamer Genehmigungen	27
(4) Zwischenergebnis	32
cc) Der Vorrang der Auslegung	32

dd) Der behördliche Befugnisrahmen	34
(1) Die behördlichen Befugnisse im Verwaltungs- vollstreckungsrecht	35
(2) Die Konkretisierung der Genehmigungsbefugnisse durch behördliches Innenrecht	37
(3) Die strafrechterliche Kontrolle der Genehmigung	51
(4) Zwischenergebnis	53
ee) Die allgemeinen Ermessensgrenzen als mögliche Grenze der behördlichen Genehmigungsbefugnisse	54
ff) Zwischenergebnis	61
3. Die Konsequenzen der Auslegung	62
a) „Generalklauselartige“ Beschränkungen der Genehmigungs- möglichkeit in den Richtlinien	62
b) Konkrete Beschränkungen der Genehmigungsmöglichkeit in den Richtlinien	64
c) Das Fehlen von Richtlinien	64
d) Zwischenergebnis	65
4. Die „generelle Genehmigung“ geringwertiger Zuwendungen	65
III. Zusammenfassung	70
 B. Die nachträgliche Genehmigung der Vorteilsannahme, § 331 Abs. 3 2. Var. StGB	71
I. Einwände gegen eine der Vorteilsannahme nachfolgende Genehmi- gungsmöglichkeit	71
1. Unvereinbarkeit mit den Vorschriften des öffentlichen Dienst- rechts	72
2. Keine rückwirkende Legalisierung der Vorteilsannahme	74
II. Die Genehmigungsvoraussetzungen des § 331 Abs. 3 2. Var. StGB ..	76
1. Die vorherige Annahme des Vorteils	76
a) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Begriff der Vorteilsannahme	76
b) Keine Genehmigung nach der Tatbestandsverwirklichung	79
c) Zwischenergebnis	85
2. Die Pflicht zur unverzüglichen Anzeige des vorläufig angenom- menen Vorteils	86
3. Das Verbot der Verfügung und des Verbrauchs	91
4. Die Einhaltung der dienstrechtlichen Genehmigungsbefugnisse ..	91
5. Zwischenergebnis	92
C. Die Unmöglichkeit bzw. Unzumutbarkeit der „vorläufigen Annahme“ eines Vorteils	92
D. Die nachträglich erteilte Genehmigung	100

E. Zusammenfassung	102
F. Übersicht 1 – Voraussetzungen der Genehmigung der Vorteilsannahme	103

Teil 3

Die Genehmigung der Vorteilsgewährung, § 333 Abs. 3 StGB

A. Die Spiegelbildlichkeit der §§ 331, 333 StGB	105
B. Die vorherige Genehmigung der Vorteilsgewährung, § 333 Abs. 3 1. Var. StGB	106
C. Die nachträgliche Genehmigung der Vorteilsgewährung, § 333 Abs. 3 2. Var. StGB	109
D. Die Unmöglichkeit bzw. Unzumutbarkeit des Abwartens der Genehmigung für den Vorteilsgeber	114
E. Zusammenfassung	115
F. Übersicht 2 – Voraussetzungen der Genehmigung der Vorteilsgewährung	116

Teil 4

Die Genehmigung des Sichversprechenlassens, des Versprechens und des Anbietens eines Vorteils, §§ 331 Abs. 3, 333 Abs. 3 StGB

A. Das Verhältnis zwischen den Tatmodalitäten der §§ 331 Abs. 1, 333 Abs. 1 StGB	117
B. Die Genehmigung des Sichversprechenlassens eines Vorteils, § 331 Abs. 3 StGB	120
I. Keine „isolierte“ Genehmigung des Sichversprechenlassens eines Vorteils	120
II. Die Genehmigungsvoraussetzungen im Einzelnen	123
C. Die Genehmigung des Anbietens und des Versprechens eines Vorteils, § 333 Abs. 3 StGB	126
D. Zusammenfassung	129
E. Übersicht 3 – Voraussetzungen der Genehmigung des Sichversprechenlassens, des Versprechens und des Anbietens eines Vorteils	130

Teil 5	
Die rechtsmissbräuchlich erlangte Genehmigung	132
Teil 6	
Fazit	136
<i>Literaturverzeichnis</i>	139
<i>Stichwortverzeichnis</i>	147